

Niederschrift über die	
7. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Kreisausschusses	
- Öffentliche Sitzung -	
Datum:	Dienstag, den 14.07.2026
Sitzungsort:	Sitzungssaal des Landratsamtes Landsberg am Lech
Beginn:	15:00 Uhr
Ende:	16:45 Uhr

Anwesende:**Landrätin**

Groß, Daniela

Stellv. Landrat

Bolz, Christian

stimmberechtigte Kreisträte

Baumgartl, Doris / Braunegger, Andreas / Friedl, Peter, Dr. / Grabmaier, Kathrin / Kießling, MdB, Michael / Kirsch, Herbert / Sedlmayr, Robert / Standfest, Renate / Wasserle, Markus / Eichenseer, Lukas Vertretung für Frau Patricia Reinold/ Hallbach, Bernd Vertretung für Herrn Thomas Wagner

Verwaltung

Markthaler, Thomas / Reinhold, Tobias / Schober, Julia / Weichbrodt, Barbara

Protokollführer/in

Wöls, Monika

Entschuldigt fehlen:**stimmberechtigte Kreisträte**

Reinold, Patricia / Wagner, Thomas

Tagesordnung:**(Vorl.Nr.)**

- | | | |
|-----|---|--------------------|
| 1. | Sitzungsöffnung, Bekanntgaben, Genehmigung der Niederschrift | |
| 2. | Finanzielle Unterstützung für das Mehrgenerationenhaus Landsberg 2026; Antrag AWO vom 24.07.2025 | DS:2026/0056 |
| 3. | Kreissenorenheim Greifenberg; Jahresabschluss 2025 für den modifizierten Regiebetrieb mit Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung 2025 und Lagebericht | DS:2026/0057 |
| 4. | Kreissenorenheim Greifenberg; Halbjahresbericht 2026 gem. § 5 Abs. 4 der Betriebsatzung | SV:2026/0026 |
| 5. | Kreissenorenheim Vilgertshofen; Jahresabschluss 2025 für den modifizierten Regiebetrieb mit Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung 2025 und Lagebericht | DS:2026/0058 |
| 6. | Kreissenorenheim Vilgertshofen; Halbjahresbericht 2026 gem. § 5 Abs. 4 der Betriebsatzung | SV:2026/0027 |
| 7. | Quartierpflege: Aufwandsentschädigung für Ehrenamtliche im Bereich Angebote zur Unterstützung im Alltag | DS:2026/0059 |
| 8. | Jahresabschluss 2024 des Landkreises: Feststellung und Entlastung | DS:2026/0046/
1 |
| 9. | Jahresabschluss 2024: Betätigungsprüfung Klinikum | DS:2026/0047/
1 |
| 10. | Klinikum Landsberg am Lech - KU -; vorzeitiger Verlustausgleich aus 2025 | DS:2026/0041 |
| 11. | Klinikum Landsberg am Lech - KU -, Änderung der Unternehmensatzung | DS:2026/0054 |
| 12. | Kommunalunternehmen Landkreis Entwicklungsgesellschaft - KU -, Auflösung | DS:2026/0055 |
| 13. | Projektbeschluss Umbau Lechwiesenstraße in Landsberg am Lech | DS:2026/0060 |
| 14. | ÖPNV; Verlängerung der Allgemeinen Vorschrift 365-Euro-Ticket | DS:2026/0072 |
| 15. | Wünsche und Anträge | |

Punkt 1**Sitzungsöffnung, Bekanntgaben, Genehmigung der Niederschrift**

Landrätin Daniela Groß eröffnet die Sitzung und stellt die Anwesenheit fest. Zur Sitzung wurde form- und fristgerecht geladen. Der Kreisausschuss ist beschlussfähig.

LRin Groß gibt bekannt, dass der Finanzausschuss am 22.07.2026 abgesagt worden sei und begründet dies mitunter der fehlenden Datenlage (Zahlen der Abrechnungen v. Jugend- und Sozialhilfe, Personal, etc.), die einer zielführenden Beratung zugrunde liegen muss.

Gleichzeitig informiert LRin Groß, dass ein weiterer Sitzungstermin für Herbst dieses Jahres vorgesehen sei und auch die Gelegenheit für den Informationsaustausch bei der Haushaltsklausur durchaus gegeben sei und hier auch die Datenlage eine andere wäre.

Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des KA am 17.06.2026;

Die Niederschrift ist im Ratsinformationssystem eingestellt und liegt dem Gremium auch in Papierform vor. Sollte bis zum Ende der Sitzung kein Einwand erfolgen, gilt diese als genehmigt.

Es gibt keine nichtöffentlichen Beschlüsse bekanntzugeben.

Punkt 2**Finanzielle Unterstützung für das Mehrgenerationenhaus Landsberg 2026; Antrag AWO vom 24.07.2025**

DS:2026/0056

Sachvortrag

LRin Daniela Groß informiert; seit 2014 fördere der Landkreis das Mehrgenerationenhaus Landsberg jährlich mit 10.000 €. Der Kreisausschuss habe am 02.12.2025 die Fortführung der Förderung für das Jahr 2026 beschlossen. Die hierfür vorgesehenen Haushaltsmittel wurden jedoch im Rahmen der Haushaltsberatungen am 14.04.2026 aufgrund der Einsparmaßnahmen für einen genehmigungsfähigen Haushalt gestrichen. Da somit keine Haushaltsmittel mehr zur Verfügung stehen, ist zur Umsetzung des Sparbeschlusses die Aufhebung des Förderbeschlusses vom 02.12.2025 erforderlich.

Beschluss

Der Kreisausschuss hebt im Rahmen der Einsparmaßnahmen von freiwilligen Leistungen den Beschluss vom 02.12.2025 bzgl. der finanziellen Förderung des Mehrgenerationenhauses der AWO Landsberg auf und fördert das AWO Mehrgenerationenhaus im laufenden Haushaltsjahr 2026 nicht.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend: 13

Ja-Stimmen: 11

Nein-Stimmen: 2

Punkt 3**Kreissenioorenheim Greifenberg; Jahresabschluss 2025 für den modifizierten Regiebetrieb mit Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung 2025 und Lagebericht**

DS:2026/0057

Sachvortrag

Thomas Söldner, Betriebsleiter Seniorenheim informiert zu den wesentlichen Zahlen und Eckwerten des Jahresabschlusses 2025 des Kreissenioorenheimes Greifenberg.

In der Gewinn- und Verlustrechnung weist das Kreissenioorenheim 2025 ein negatives Jahresergebnis von rd. **172.296,77 Euro** aus.

Thomas Söldner zur Prognose:

Für die kommenden Jahre werde die Entwicklung des Kreissenioorenheims insgesamt als stabil bis positiv eingeschätzt. Aufgrund der demografischen Entwicklung sei weiterhin von einem hohen Bedarf an stationären Pflegeplätzen auszugehen. Die wirtschaftliche Entwicklung der Einrichtung werde jedoch wesentlich von der Bewältigung des anhaltenden Fachkräftemangels sowie der steigenden Personal- und Sachkosten abhängen. Positiv zu bewerten sei die bereits umgesetzten Maßnahmen zur Personalgewinnung und -sicherung, insbesondere die Ausbildung eigener Nachwuchskräfte sowie die Gewinnung und Integration ausländischer Pflegefachkräfte aus dem Kosovo.

Beschluss

Der vorgelegte Jahresabschluss für das Kreissenioorenheim Theresienbad in Greifenberg mit der Schlussbilanz 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung 2025 mit Lagebericht wird zur Kenntnis genommen und an die örtliche Rechnungsprüfung verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend:	13
Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0

Punkt 4**Kreissenioorenheim Greifenberg; Halbjahresbericht 2026 gem. § 5 Abs. 4 der Betriebssatzung**

SV:2026/0026

Sachvortrag

Thomas Söldner informiert zum Halbjahresergebnis 2026 und informiert in Kürze über Positionen wie u.a. Bettenauslastung, Personal, Heimgebühren und die damit verbundenen Entgeltverhandlungen. Die aktuelle Entgeltvereinbarung ist für die Zeit ab 01.09.2025 bis 31.08.2026 getroffen, derzeit werde ein neuer Antrag auf Pflegesatzverhandlung für den Zeitraum ab 01.09.2026 erarbeitet.

Das prognostizierte Jahresergebnis 2026 liege aktuell bei **- 25.000,00 Euro**.

Dennoch könne ggf. mit Blick auf die positiven Entwicklungen auch seit den letzten Pflegesatzverhandlungen von einem +/- 0 Ergebnis zum Jahresende gerechnet werden, vorausgesetzt, dass auch die Personalsituation aufrechterhalten werden könne.

In diesem Zusammenhang informiert Thomas Söldner, dass zwischenzeitlich die erste kosovarische Pflegefachkraft, welche ihr Anerkennungsverfahren durchlaufen habe, ihre Anerkennungsprüfung erfolgreich abgelegt habe. Drei weitere Fachkräfte seien gerade im Verfahren und werden im September ihre Prüfung ablegen.

KRin Standfest erkundigt sich zu zur Unterbringung der kosovarischen Pflegefachkräfte. Thomas Söldner erklärt, dass für diese Wohnraum angemietet worden sei, eine WG-Wohnung für 4 Personen.

Beschluss

Der Kreisausschuss nimmt den Halbjahresbericht 2026 für das Kreissenorenheim Theresienbad Greifenberg zur Kenntnis.

Punkt 5

Kreissenorenheim Vilgertshofen; Jahresabschluss 2025 für den modifizierten Regiebetrieb mit Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung 2025 und Lagebericht

DS:2026/0058

Sachvortrag

Thomas Söldner, Betriebsleiter Seniorenheim informiert zu den wesentlichen Zahlen und Eckwerten des Jahresabschlusses 2025 des Kreissenorenheimes Vilgertshofen

In der Gewinn- und Verlustrechnung für das Kreissenorenheim Vilgertshofen wird ein **Jahresfehlbetrag in Höhe von 37.753,39 €** ausgewiesen.

Zur Prognose informiert Thomas Söldner; Die größte Herausforderung bleibe der anhaltende Fachkräftemangel sowie die steigenden Personal- und Sachkosten. Positiv zu bewertet seien die Maßnahmen zur Personalgewinnung und -bindung, insbesondere die Ausbildung eigener Nachwuchskräfte sowie die Gewinnung und Integration ausländischer Pflegefachkräfte. Bei konsequenter Fortführung dieser Maßnahmen wird die Zukunftsperspektive der Einrichtung insgesamt als positiv eingeschätzt.

Beschluss

Der vorgelegte Jahresabschluss für das Kreissenorenheim Vilgertshofen mit der Schlussbilanz 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung 2025 mit Lagebericht wird zur Kenntnis genommen und an die örtliche Rechnungsprüfung verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend:	13
Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0

Punkt 6

Kreissenorenheim Vilgertshofen; Halbjahresbericht 2026 gem. § 5 Abs. 4 der Betriebsatzung

SV:2026/0027

Sachvortrag

Thomas Söldner informiert zum Halbjahresergebnis 2026; das prognostizierte Jahresergebnis 2026 liege aktuell bei **- 60.000,00 Euro**.

Thomas Söldner zum prognostizierten Jahresergebnis;

Aufgrund einer Belegung von nahezu 99 % im ersten Halbjahr und einer zunächst ausreichenden Personalsituation werde für 2026 derzeit ein besseres Ergebnis als im Wirtschaftsplan erwartet. Risiken bestehen jedoch durch Langzeiterkrankungen, Kündigungen und den Wechsel von Mitarbeitenden in die Ausbildung, wodurch die Belegung gegebenenfalls angepasst werden müsse.

Der Fachkräftemangel bleibt die größte Herausforderung. Positiv wirke die Ausbildung eigener Nachwuchskräfte sowie die Ausweitung des Projekts zur Gewinnung und Anerkennung koso-varischer Pflegefachkräfte. Die Nachfrage nach Pflegeplätzen sei weiterhin hoch und die Zufriedenheit der Bewohnerinnen und Bewohner bestätige die Qualität der Einrichtung. Die wirtschaftliche Entwicklung hänge maßgeblich von einer ausreichenden Personalausstattung und einer auskömmlichen Refinanzierung durch die Pflegesätze ab.

KR Dr. Friedl erkundigt sich zu den Personalengpässen, inwieweit könne hier Personal „heim-übergehend“ eingesetzt werden als Ausgleich zu den Personalengpässen.

Thomas Söldner erklärt, dass dies tatsächlich schon praktiziert worden sei.

Es gehe aber in erster Linie nicht um das Personal insgesamt, sondern um die Fachkräfte; da müsse ein solcher Einsatz wohl überlegt sein.

Beschluss

Der Kreisausschuss nimmt den Halbjahresbericht 2026 für das Kreissenorenheim in Vilgertshofen zur Kenntnis.

Punkt 7

QuartierPflege: Aufwandsentschädigung für Ehrenamtliche im Bereich Angebote zur Unterstützung im Alltag

DS:2026/0059

Sachvortrag

Pajam Rais-Parsi informiert zum Sachverhalt. Im Rahmen der Quartierspflege werden aktuell 30 Personen teilweise ehrenamtlich im Haushalt betreut bzw. versorgt.

Für diese ehrenamtliche Tätigkeiten unter 2–3 Stunden pro Woche sei die Höhe der Aufwandsentschädigung durch den Kreistag festzulegen.

Der Landkreis sei berechtigt, Unterstützungsangebote nach § 45a SGB XI anzubieten und mit den Pflegekassen abzurechnen.

Die Aufwandsentschädigung betrage 11,00 € je Stunde, entspreche den gesetzlichen Vorgaben und werde vollständig über die Pflegeversicherung refinanziert.

KRIn Baumgartl bezieht sich auf das Beitragsstabilisierungsgesetz im Zuge der Krankenhausreform. Inwieweit sei eine Refinanzierung auch zukünftig sichergestellt.

Pajam Rais-Parsi erklärt, dass eine Refinanzierung immer sichergestellt sei, da ausschließlich die betroffenen Personengruppen dies über ihre Pflegeversicherung abrechnen können.

KRIn Standfest erkundigt sich wie viele Mitarbeiter sind für diese 30 Personen im Einsatz.

Pajam Rais-Parsi informiert, aktuell habe man 15 Minijober und einen kleinen Teil an ehrenamtlich Tätige. Hier bedarf es noch einer Ausweitung. Viele seien aktuell auch über die Nachbarschaftshilfe im Einsatz.

Abschließend zur Beratung stellt LRin Daniela Groß den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Beschluss

Der Kreisausschuss beschließt rückwirkend ab 01.05.2026 die Aufwandsentschädigung entsprechend der Vorgaben des § 82 AVSG in Höhe von derzeit 11,00 Euro je Stunde für ehrenamtliche Tätigkeiten im Rahmen der QuartierPflege.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend: 13

Ja-Stimmen: 13

Nein-Stimmen: 0

Punkt 8

Jahresabschluss 2024 des Landkreises: Feststellung und Entlastung

DS:2026/0046/1

Sachvortrag

Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, KR Ferdinand Holzer, informiert zu den Hinweisen und Prüffeststellungen der Vorprüfung des Jahresabschlusses 2024 und erläutert die Feststellungen anhand der Textziffern.

Insgesamt habe es 5 Prüfungsfeststellungen gegeben. Zwei Hinweisen betreffend der Kosten und Leistungsrechnung und der Definition von Zielen und Kennzahlen nach der KommHV Doppik. Bei den Feststellungen informiert der Vorsitzende zu den Textziffern 3 (verspätete Vorlage der HH-Satzung bei der Rechtsaufsicht, verzögerte Erstellung der Jahresabschlüsse 2024/2025 und 2026) sowie die monetären Zieldefinitionen, die gem. § 84 Abs. 2 KommHV Doppik keine vergleichbare Darstellung auf Ebene der Teilhaushalte möglich machen.

Zusammenfassend erklärt KR Holzer seien keine gravierenden Mängel festgestellt worden die Textziffern 1-5 bestehen fort oder werden unter neuen Nummern wieder aufgenommen.

Nachdem keine Wortmeldungen folgen verliert LRin Groß den Beschlussvorschlag zur Feststellung des Jahresabschlusses 2024 zur Abstimmung.

Beschluss

Aufgrund der durchgeführten Prüfung empfiehlt das Kreisrechnungsprüfungsamt dem Rechnungsprüfungsausschuss folgende Beschlussempfehlung:

1. Dem Kreisausschuss bzw. dem Kreistag wird empfohlen, den **Jahresabschluss 2024** mit seinen Bestandteilen gemäß Art. 88 Abs. 3 LKrO wie folgt festzustellen:

- a) Vermögensrechnung

Die **Bilanzsumme** beträgt

in Aktiva und Passiva 355.853.555,25 €

b) Ergebnisrechnung:

Die Ergebnisrechnung schließt wie folgt ab:

Gesamtbetrag der Erträge	199.175.046,70 €
Gesamtbetrag der Aufwendungen	201.332.690,42 €
Saldo (=Jahresfehlbetrag) in Höhe von	-2.157.643,72 €

Behandlung des Fehlbetrages:

Der Fehlbetrag ist aus der Ergebnismrücklage zu tilgen.

c) Finanzrechnung

Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit

Gesamtbetrag der Einzahlungen	190.820.779,78 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen	176.222.901,96 €
Saldo	14.597.877,82 €

Ergebnis aus Investitionstätigkeit

Gesamtbetrag der Einzahlungen	9.512.186,40 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen	32.137.935,95 €
Saldo	-22.625.749,55 €

Ergebnis aus Finanzierungstätigkeit

Gesamtbetrag der Einzahlungen	0,00 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen	2.511.147,08 €
Saldo	-2.511.147,08 €

Saldo aus Gesamt-Finanzrechnung	-10.539.018,81 €
---------------------------------	------------------

Nachrichtlich:

Saldo aus haushaltsunwirksamen Zahlungen	3.556.304,58 €
--	----------------

Die **liquiden Mittel** haben sich um 14.095.326,39 € reduziert.

Abstimmungsergebnis:

Anwesenheit:	13
Ja-Stimmen	13
Nein-Stimmen	0

Zu Punkt 2 des Beschlussvorschlages (Entlastung) ist die Landrätin von der Beschlussfassung gem. GO KT ausgeschlossen. Stellv. Landrat Christian Bolz stellt den Punkt 2 des Beschlussvorschlages zur Abstimmung.

2. Der Kreistag spricht für das Rechnungsjahr 2024 die Entlastung aus.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend: 13

Ja-Stimmen: 12

Nein-Stimmen: 0

(Abstimmung ohne LRin Groß)

Punkt 9

Jahresabschluss 2024: Betätigungsprüfung Klinikum

DS:2026/0047/1

Sachvortrag

KR Ferdinand Holzer, Vors. des Rechnungsprüfungsausschusses informiert zur Betätigungsprüfung Klinikum.

Beschluss

Dem Kreisausschuss bzw. dem Kreistag wird empfohlen, dass Ergebnis der Betätigungsprüfung beim Klinikum zur Kenntnis zu nehmen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend: 13

Ja-Stimmen: 13

Nein-Stimmen: 0

Punkt 10

Klinikum Landsberg am Lech - KU -; vorzeitiger Verlustausgleich aus 2025

DS:2026/0041

Sachvortrag

Thomas Markthaler informiert zum Sachverhalt; Der Verwaltungsrat des Klinikums Landsberg am Lech habe den Jahresabschluss 2025 mit einem Jahresfehlbetrag von 3.444.102,20 € festgestellt. Nach Verrechnung mit dem Gewinnvortrag verbleibe ein Verlustvortrag von 2.843.936,72 €.

Der Verlust müsse nach den gesetzlichen Vorgaben spätestens bis 2031 ausgeglichen werden. Aufgrund des erwarteten Defizits und der angespannten Liquiditätslage des Klinikums werde jedoch ein vorzeitiger Verlustausgleich bereits im Haushaltsjahr 2026 vorgeschlagen. Die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

LRin Groß stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Beschluss

- 1. Der Kreisausschuss nimmt das Jahresergebnis 2025 des Klinikums Landsberg am Lech - KU - mit einer Bilanzsumme von 47.844.737,36 € und einem Jahresfehlbetrag von 3.444.102,20 € zur Kenntnis.**
- 2. Der Kreisausschuss bewilligt eine Ausgleichszahlung i.H.v. 2.843.936,72 € für den Verlust des Klinikums Landsberg am Lech - KU - aus dem Wirtschaftsjahr 2025 bereits im Haushaltsjahr 2026. Der Verlustausgleich ist nicht ergebniswirksam auf das Eigenkapital des Kommunalunternehmens zu buchen.**

Abstimmungsergebnis:

Anwesend: 13

Ja-Stimmen: 13

Nein-Stimmen: 0

Punkt 11

Klinikum Landsberg am Lech - KU -, Änderung der Unternehmenssatzung

DS:2026/0054

Sachvortrag

Thomas Markthaler informiert, dass es kommunalrechtlich so geregelt sei, dass Kreisträte, welche Verwaltungsratsmitglieder sind, an den nichtöffentlichen Sitzungen nicht teilnehmen dürfen, wenn sie nicht diesen Sitz vertreten. Dies gilt auch für die Vertreter der Vorstandsvorsitzenden.

Zur Sicherstellung eines umfassenden Informationsflusses und einer ordnungsgemäßen Wahrnehmung des Vertretungsfalls sollen jedoch die Stellvertretungen der Verwaltungsratsvorsitzenden des Klinikums Landsberg am Lech – KU künftig die Möglichkeit erhalten, beratend an den Sitzungen des Verwaltungsrats teilzunehmen. Die hierfür erforderlichen Änderungen sind in der der Drucksache beigefügten geänderten Satzung enthalten (§ 6 Abs. 2).

LRin Groß lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschluss

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Kreistag beschließt die als Anlage beigefügte Änderungssatzung der Unternehmenssatzung für das Kommunalunternehmen Klinikum Landsberg am Lech - KU - .

Abstimmungsergebnis:

Anwesend: 13

Ja-Stimmen: 13

Nein-Stimmen: 0

Punkt 12

Kommunalunternehmen Landkreis Entwicklungsgesellschaft - KU -, Auflösung

DS:2026/0055

Sachvortrag

Thomas Markthaler, AL 2 erläutert den Sachverhalt:

Der Kreistag gründete mit Beschlüssen vom 25.06.2024 und 16.12.2025 das Kommunalunternehmen „Landkreis Entwicklungsgesellschaft Landsberg am Lech – KU“. Ziel war es, die Bauverfahren des Landkreises zu optimieren und vergaberechtliche Handlungsmöglichkeiten zu nutzen.

Nachdem der ursprünglich vorgesehene Neubau eines Verwaltungsgebäudes entfallen war, wurde die Umsetzung des Neubaus der Kinderpflegeschule geprüft. Dabei zeigte sich, dass eine rechtssichere Abwicklung schulischer Baumaßnahmen mit BayFAG-Förderung nur mit erheblichem Aufwand möglich wäre und die erwarteten Vorteile nicht rechtfertigt.

Da bislang weder ein Verwaltungsrat konstituiert noch ein Vorstand bestellt, eine Eröffnungsbilanz erstellt oder ein Wirtschaftsplan beschlossen wurde und auch kein Stammkapital sowie

keine Aktiva oder Passiva vorhanden sind, soll das Kommunalunternehmen aufgehoben werden. Vor der Beschlussfassung durch den Kreistag wird die Regierung von Oberbayern beteiligt.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, das Kommunalunternehmen aufzuheben und die hierfür erforderliche Aufhebungssatzung zu beschließen.

Bisher sei die Regierung von Oberbayern über die Rückabwicklung noch nicht informiert worden. Dies würde er nach dem Empfehlungsbeschluss umsetzen, so Markthaler.

LRin Daniela Groß stellt den Vorschlag der Verwaltung als Empfehlung Kreisausschuss an den Kreistag zur Abstimmung.

Beschluss

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

- 1. Das Kommunalunternehmen „Landkreis Entwicklungsgesellschaft Landsberg am Lech - KU - “ wird aufgehoben.**
- 2. Der Kreistag beschließt die als Anlage beigefügte Satzung zur Aufhebung der Unternehmenssatzung des Kommunalunternehmens „Landkreis Entwicklungsgesellschaft Landsberg am Lech - KU - “.**

Abstimmungsergebnis:

Anwesend:	13
Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0

Punkt 13

Projektbeschluss Umbau Lechwiesenstraße in Landsberg am Lech

DS:2026/0060

Sachvortrag

Ulrich Köbberling, SGL 21, informiert einleitend, dass der Landkreis im Jahr 2025 das Anwesen Lechwiesenstraße 21 zur Eigennutzung erworben habe. Ursprünglich sei dort die Unterbringung des gesamten Amtes für Jugend und Familie vorgesehen gewesen.

Landrätin Daniela Groß habe die Planung zugunsten einer bürgernahen und gut erreichbaren Lösung geändert. Nunmehr sollten die Kfz-Zulassungsstelle, die Führerscheinstelle und die Straßenverkehrsbehörde an den Standort verlegt werden.

Christoph John, Mitarbeiter des Kreiseigenen Hochbaus, stellt das Raumprogramm, den Flächenbedarf, die bauliche Planung und die Kosten vor. Aufgrund von täglich bis zu 250 Kundinnen und Kunden seien eine barrierefreie Erschließung, ausreichend Stellplätze sowie getrennte Zugänge für den Publikums- und Verwaltungsbereich erforderlich. Der Flächenbedarf betrage einschließlich des Untergeschosses rund 1.250 m² Bruttogeschossfläche.

Die Sanierung umfasse insbesondere die Erneuerung des Daches, der Fenster samt Sonnenschutz, des Innenausbaus sowie der Gebäude- und IT-Infrastruktur. Für einen Aufzug und zusätzliche Büroflächen sei ein Anbau in Massivbauweise vorgesehen. Die Planung werde verwaltungsintern vorbereitet; die Gebäude- und Fachplanungen würden extern vergeben. Die

Gesamtkosten für Sanierung und Erweiterung beliefen sich auf 4,8 Mio. Euro brutto. Die allgemeine Ausstattung und die IT-Ausstattung seien darin nicht enthalten.

Anschließend erläutert John die Planskizzen der einzelnen Geschosse.

Auf Nachfrage von KR Hallbach zur Größe, Raumhöhe und barrierefreien Erreichbarkeit des Sozialraums erklärt John, dass der derzeit im Untergeschoss vorgesehene Raum den gesetzlichen Anforderungen noch nicht entspreche. Eine Verlegung in ein Obergeschoss werde daher in Abstimmung mit dem Arbeitsschutz und der KUV geprüft.

Die Errichtung eines zusätzlichen Aufzugs ausschließlich zur Erschließung des Aufenthaltsraums im Untergeschoss sei aus wirtschaftlichen Gründen nicht vorgesehen. Bei entsprechendem Bedarf könne im zweiten Obergeschoss ein barrierefrei zugänglicher Aufenthaltsraum geschaffen werden.

Auch ein Raum für eine Schilderprägestelle sei mit vorgesehen.

Weiterhin seien rund 55 Stellplätze vorgesehen. Auf Nachfrage von KRin Grabmaier erklärt John, bei der Ermittlung des Bedarfs seien die Online-Terminvergabe und die unterschiedlichen Anwesenheitszeiten der insgesamt 39 Mitarbeitenden berücksichtigt worden. Die Errichtung eines zusätzlichen Parkdecks sei angesichts der örtlichen Gegebenheiten und der damit verbundenen Kosten nicht wirtschaftlich. Weitere Parkmöglichkeiten befänden sich im Umfeld. Fahrradabstellplätze seien beim Gebäude eingeplant.

Der Baubeginn sei für Sommer 2027, die Fertigstellung für November 2028 vorgesehen. Die Herstellung der Außenanlagen solle im Anschluss erfolgen.

Zur Frage einer Klimatisierung erläutert John, dass diese im Bestand derzeit nicht vorgesehen sei, da eine Nachrüstung technisch schwierig und kostenintensiv wäre. Zunächst seien Dämmmaßnahmen und eine Belüftung geplant. Sollte sich diese Lösung als nicht ausreichend erweisen, müsse die Klimatisierung erneut geprüft werden.

LRin Groß bedankt sich für den ausführlichen Vortrag und teilt mit, dass sich die Fraktionsvorsitzenden für die Wiedereinführung einer Hochbaukommission ausgesprochen hätten. Sie könne dies nur befürworten und bittet in diesem Zusammenhang auch die Fraktionen und politischen Gruppierungen jeweils ein Mitglied für die Besetzung der Hochbaukommission zu benennen.

Diese solle sich auch mit dem Antrag der Bayernpartei zum erweiterten Kellerausbau befassen. Die Vertreter der Bayernpartei stimmen diesem Vorgehen zu.

KRin Standfest erkundigt sich zu den nicht enthaltenen Kosten der IT-Ausstattung; Thomas Markthaler erklärt, dass das vorhandene IT-Mobiliar nicht übernommen werden könne und neu beschafft werden müsse. Nach einer ersten Schätzung sei hierfür mit Kosten von rund 120.000 Euro zu rechnen.

KR Baumgartl beantragt, den Beschlussvorschlag unter Punkt 2 um eine stufenweise Vergabe zu ergänzen. Köbberling bestätigt, dass eine entsprechende Ergänzung möglich sei.

Nach Abschluss der Beratung stellt LRin Groß den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Beschluss

- 1. Vorbehaltlich der Mittelbereitstellung im Haushaltsplan 2027 beschließt der Kreisausschuss die Sanierung und Erweiterung des Bürogebäudes Lechwiesenstraße 21 in Landsberg am Lech mit Gesamtkosten i.H.v. 4.800.000 EUR zzgl.**

Baukostenindex (ohne Ausstattung und IT-Ausstattung).

2. Der Kreisausschuss beauftragt die Verwaltung mit der stufenweisen Vergabe der Planungs- und Bauleistung.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, Vergaben zur Umsetzung der Baumaßnahme "Umbau Verwaltungsgebäude Lechwiesenstraße in Landsberg am Lech" im Rahmen der vorgestellten Kostenberechnung zu erteilen. Die Vergaben mit einem Auftragswert über 200.000 EUR sind nachträglich dem Kreisausschuss in der darauffolgenden Sitzung bekanntzugeben. Die Verwaltung wird beauftragt, die Kostenentwicklung bei nachträglicher Bekanntgabe der Vergaben, mindestens jedoch einmal im Quartal, dem Kreisausschuss darzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend: 13

Ja-Stimmen: 13

Nein-Stimmen: 0

Punkt 14**ÖPNV; Verlängerung der Allgemeinen Vorschrift 365-Euro-Ticket**

DS:2026/0072

Sachvortrag

Philipp Wenninger informiert zum Sachverhalt; Der Landkreis Landsberg am Lech gibt seit dem MVV-Beitritt zum 1. Januar 2025 das 365-Euro-Ticket an anspruchsberechtigte Schülerinnen und Schüler im Rahmen der Kostenfreiheit des Schulweges aus. Die Mindereinnahmen der Verkehrsunternehmen werden zu zwei Dritteln vom Freistaat Bayern und zu einem Drittel vom Landkreis ausgeglichen. Die Mehrkosten im ÖPNV werden durch Einsparungen bei der Schülerbeförderung weitgehend kompensiert.

Die ursprünglich bis 31.07.2026 befristete Regelung wurde durch die Bayerische Staatsregierung bis zum 31.07.2027 verlängert. Hierfür ist zum Schuljahr 2026/2027 ein erneuter Erlass der Allgemeinen Vorschrift erforderlich. Aufgrund der geplanten MVV-Erweiterung um den Landkreis Ostallgäu und die Stadt Kaufbeuren zum 01.01.2027 wird zudem zum Jahreswechsel 2026/2027 eine erneute Anpassung der Allgemeinen Vorschrift notwendig.

KR Eichenseer erkundigt sich, inwieweit eine solche Möglichkeit auch für Auszubildende bestünde, oder ausschließlich für Schülerinnen und Schüler.

Philipp Wenninger informiert über ein Angebot, einem sog. Bayer. Ermäßigungsticket; dies können Schüler und Azubis für monatlich 29 Euro erwerben und wäre sogar günstiger als das 365-Euro-Ticket.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, stellt LRin Groß den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Beschluss

Der Kreisausschuss beschließt die Verlängerung des 365-Euro-Tickets bis 31.07.2027 und ermächtigt die Landrätin zum Erlass der Allgemeinen Vorschrift zum 365-Euro-Ticket. Der Kreisausschuss ermächtigt die Landrätin Anpassungen bzw. einen Neuerlass der Allgemeinen Vorschrift zum 365-Euro-Ticket vorzunehmen, welche im Hinblick auf die nächste MVV-Verbundraumerweiterung zum 1. Januar 2027, bzw. durch das Auslaufen der Finanzierung des 365-Euro-Tickets durch den Freistaat Bayern, notwendig werden.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend: 13

Ja-Stimmen: 13

Nein-Stimmen: 0

Punkt 15 **Wünsche und Anträge**

KR Dr. Friedl erkundigt sich für einen Bürger aus seiner Heimatgemeinde Vilgertshofen, der die Schülerbeförderungskosten seines Sohnes zum Ammersee-Gymnasium nicht bezahlt bekomme, Begründung, sein Sohn müsse eigentlich in das nächstgelegene Gymnasium gehen um die Beförderungskosten erstattet zu bekommen.

Philipp Wenninger erklärt, dass die Anfrage bereits in der Verwaltung zur Prüfung vorliege. Leider könne auch mit den von der Regierung v. Oberbayern besprochenen Ausnahmetatbestände keine Erstattung erfolgen. Dies sei gesetzlich eine Lücke im System.

LRin Groß ergänzt, dass sie den Vorgang auch bereits in den Bildungsausschuss des Bayerischen Landkreistages und in die Bezirksverbandsversammlung der obb. Landräte mitgenommen und vorgetragen habe; tatsächlich beschäftige dies auch andere Landkreise. Nach den aktuellen Vorschriften bestehe tatsächlich keine Möglichkeit der Kostenerstattung. Dennoch sei das Thema angekommen und werde auch entsprechend weitergegeben.

KRin Standfest erkundigt sich nach den Teilnehmern bei der Haushaltsklausur im Herbst.

LRin Groß informiert, dass die Haushaltsklausur die Mitglieder des Finanz- und Kreisausschusses betreffe.

KR Sedlmayr erkundigt sich zur geplanten Hochbaukommission. Hier wurden die Fraktionen aufgefordert einen Vertreter zu benennen, treffe dies auf die politischen Gruppierungen auch zu.

LRin Groß erklärt, dass auch die politischen Gruppierungen hierzu einen Vertreter benennen dürfen.

KR Eichenseer erkundigt sich zum Antrag – Bürgerinformation. Nach Auskunft von Tobias Reinhold sei dieser noch in Prüfung.

LRin Groß informiert abschließend zu den aktuellen Entwicklung des IT-Verbundes und verliest hierzu eine Stellungnahme der Verwaltung.

KR Kirsch verlässt die Sitzung

Ende der Sitzung: 16:45

Landsberg am Lech, 5. August 2026



Daniela Groß
Landrätin



Wöls
Schriftführer/in